

Bern, den 6^{ten} October 1829

Der Schweizerische Bundesrath

an

den Schweizerischen Gesandten in Berlin.

Herr Minister,

Indem hier abschriftlich folgende Eingabe übermacht und die Regierung des Kantons St. Gallen die Reklamationen zweier im genannten Kantone eingebürgerten, ehemaligen Württemberger, nämlich, des Kaufmanns Joseph Fidel Diemer, früher von Ravensburg, jetzt Bürgers von Steinach, & des Bäckers Joseph Patriz Diemer, früher von Ellwangen, jetzt Bürgers von Degersheim, welche sich beschweren, dass sie, ihrer diesseitigen Naturalisation ungeachtet, von den württembergischen Behörden selbst unter Anrohung der erheblichsten Rechtsnachtheile, wie Vermögensentzug u. dgl., zum Militärdienste verhalten werden wollen.

1 Beilage

Schreiben v. St. Gallen
vom 27 September

Dodis



Verhält sich die Sache durchwegs so, wie die Reklamanten angeben, so muß dies natürlich ein sofortiges energisches Einschreiten von unserer Seite zur gerechten Folge haben. Insofern gestehen wir, daß es uns fast unbegreiflich erscheint, wie Württemberg zu Forderungen sollte gelangen können, die ebenso sehr mit der wegen gegenseitiger Militärdienstbefreiung unterm 10 Februar 1859 abgeschlossenen Uebereinkunft, als mit dem unterm 11 März d. J. vereinbarten Niederlassungsvertrage im quellen Widerspruche stünden.

Wir laßen Sie daher ein, über das Sachverhältnis bei der Kön. württembergischen Regierung die nöthigen Erkundigungen einzuziehen; eventuell wären Sie beauftragt auf Rücknahme der in Frage stehenden Maßregeln zu dringen & für die Zukunft gegen ähnliche Verfügungen Verwahrung einzulegen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer vollkommensten Hochachtung.
Im Namen des schweiz. Bundesraths
Der Bundespräsident:

Stettin
Der Kanzler der Eidgenossenschaft
G. J. S.